

Antrag 80/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Votum erfolgt am 19.11.2024****Keine Sicherheit mit dem Sicherheitspaket - Menschenrechte sind nicht verhandelbar**

1 Nach dem islamistischen Anschlag in Solingen, bei dem
2 drei Menschen ermordet und acht weitere verletzt wur-
3 den, setzte sich die Bundesregierung zum Ziel, im Rah-
4 men eines Sicherheitspakets für mehr Sicherheit zu sor-
5 gen. Dieses "Sicherheitspaket" zielt allerdings vor allem
6 auf die Migrationspolitik ab. Diese Verknüpfung von Ter-
7 rorismus mit Migration ist rassistisch, genauso wie viele
8 Maßnahmen, die nun diskutiert werden.

9
10 Als erste Konsequenz nach einem islamistischen Anschlag
11 das Asylrecht zu verschärfen und Asylbewerber*innen die
12 Leistungen völlig zu streichen, ist rassistisch. Eine gan-
13 ze Menschengruppe wird so für die abscheulichen Hand-
14 lungen eines Einzelnen zur Verantwortung gezogen und
15 das eigentliche Problem - Extremismus und Terrorismus
16 - nicht im Ansatz bekämpft. Dass Bundesinnenministe-
17 rin Nancy Faeser gleichzeitig verkündet, dass in Deutsch-
18 land "niemand auf der Straße leben und hungern" werde,
19 erschreckt uns noch weiter. Mit dieser Aussage verkennt
20 sie nicht nur, dass das bereits jetzt die Realität von tau-
21 senden Menschen in diesem Land ist, sondern sie schiebt
22 die Verantwortung für die sich in Deutschland aufhalten-
23 den Asylbewerber*innen einfach auf andere europäische
24 Staaten ab, egal ob diese tatsächlich in einer menschen-
25 würdigen Art und Weise Leistungen für Asylbewerber*in-
26 nen gewähren. Dieser Vorschlag, ist im Hinblick auf die
27 Höhe der Leistungen des Asylbewerber*innenleistungsg-
28 setz, welche nochmals deutlich unter dem Bürgergeld und
29 somit dem Existenzminimum liegen, nicht nur menschen-
30 verachtend, sondern ein erneutes Drängen von Personen
31 in die Armut und Perspektivlosigkeit. Die Freiheitsberau-
32 bung Asylsuchender und das Verwehren des für eine Ein-
33 haltung der Menschenwürde notwendigen Existenzmini-
34 mums stellt eine absolute Ausgrenzung dar. Numerische
35 Verteilungslogiken innerhalb der EU werden ihrer Würde
36 vorgezogen.

37
38 Im Zuge des Sicherheitspakets verweist die Bundesre-
39 gierung nun häufig auf das noch nicht vom Bundestag
40 beschlossene „Rückführungsverbesserungsgesetz“. Die-
41 ses ist als unvereinbar mit einer Behandlung Geflüchte-
42 ter als gleichwertige Menschen ebenfalls abzulehnen. Die
43 Möglichkeit, den Verlust des Schutzes nach dem Grund-
44 recht auf Asyl mit einer Tat zu begründen, deren Be-
45 stand nicht mehr gerichtlich festgestellt werden muss,
46 läuft dem Rechtsstaatsprinzip zuwider. Ein solches Gesetz
47 schafft anstelle eines verlässlichen Schutzes behördliche
48 Willkür. Umso problematischer ist dies, seitdem die Bun-

49 desregierung Entschlossenheit dazu zeigt, auch in Länder
50 abzuschieben, in denen die Wahrung der Menschenrechte
51 Geflüchteter ungewiss oder gar unwahrscheinlich ist.

52

53 Eine Unterscheidung zwischen den Konsequenzen eines
54 Heimataufenthalts für Geflüchtete aus der Ukraine und
55 jenen, die aus vorwiegend muslimisch geprägten Ländern
56 stammen, lässt außerhalb rassistischer Motive keine Be-
57 gründung erkennen.

58 Die Natur dieser rassistischen innenpolitischen Agenda,
59 die Nancy Faeser und weite Teile der Führungsriege der
60 SPD tolerieren, oder sogar noch vorantreiben, wird beson-
61 ders dadurch deutlich, dass wenige Stunden nach einem
62 terroristischen Anschlag, genügend Handlungskapazitä-
63 ten vorhanden sind, um Verschärfungen und weitere Es-
64 kalationsstufen einer rechten Asylpolitik durchzusetzen.
65 Besonders unmenschlich und dem Grundgesetz zuwider-
66 laufend sind die weiterführenden Befugnisse, die im Si-
67 cherheitspaket festgeschrieben sind. Allen voraus dabei
68 die Durchsuchungsbefugnis, die es Abschiebebeauftrag-
69 ten ermöglichen soll, sich Zutritt zu Räumen anderer Per-
70 sonen zu verschaffen, die mit der gesuchten Person nichts
71 zu tun haben. Geflüchtete Menschen sind somit praktisch
72 zu Menschen 2. Klasse degradiert, da ihnen grundlegende
73 Rechte aberkannt werden.

74

75 Dass das Treffen zum Thema „irreguläre“ Migration nur
76 ein Schauspiel sein würde, indem Friedrich Merz und sei-
77 ne, immer weiter nach rechtsrückende CDU sich versucht
78 zu inszenieren, war im Vorhinein klar. Die CDU in aktueller
79 Form ist nicht daran interessiert, eine menschenrechtsge-
80 leitete Asylpolitik zu fordern, sondern sich gesellschaftlich
81 gegen geflüchtete Menschen, gegen das Recht auf Asyl
82 und somit gegen universelle Menschenrechte zu positio-
83 nieren. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Auch im
84 Hinblick auf die FDP, die sich im Bundestag versucht, der
85 CDU anzubiedern.

86

87 Doch nicht nur das, mit der Anordnung von Grenzkon-
88 trollen an allen deutschen Binnengrenzen beerdigt die
89 Ampel und die sozialdemokratische Innenministerin Nan-
90 cy Faeser das Schengener Abkommen, dessen Kern freier
91 Waren- und Personenverkehr innerhalb der Europäischen
92 Union - ohne Grenzkontrollen - ist. Dabei wird auch die-
93 se Maßnahme wenig dazu beitragen, dass Attentate in
94 Deutschland verhindert werden. Extremistische Organi-
95 sationen verbreiten ihren Hass besonders über die Sozia-
96 len Medien und stacheln so in Deutschland lebende Men-
97 schen zu Attentaten an - Terrorismus und Extremismus
98 sind also keine (ausschließlich) „von außen kommende“
99 Bedrohung, die durch strenge Grenzkontrollen „abgewie-
100 sen“ werden können. Die Auswirkungen solcher Grenz-
101 kontrollen sind dabei massiv: Grenzkontrollen bedeuten

102 Warteschlangen bei der Einreise und eine enorme Behin-
103 derung des Handels mit anderen Mitgliedsstaaten. Außer-
104 dem ist zu befürchten, dass insbesondere BIPOCs im Zu-
105 ge solcher Grenzkontrollen aufgegriffen, durchsucht und
106 drangsaliert werden. Die Grenzkontrollen widersprechen
107 nicht nur unserem Bild eines freien Europas, sondern die
108 Bundesregierung bricht damit gezielt europäisches Recht.
109 Das Nutzen von unrechtmäßigem Vorgehen, um angebli-
110 che Lösungen für Extremismus zu präsentieren, ist unehr-
111 lich und höchst gefährlich.

112

113 In dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung werden
114 verschiedene Vorschläge gemacht, um Islamismus zu be-
115 kämpfen, wie bspw. eine Task Force oder das Verbot von
116 islamistischen Vereinigungen. Jedoch gibt es keine Vor-
117 schläge oder Initiativen, welche Radikalisierung bei Men-
118 schen verhindern oder radikalisierten Personen einen Aus-
119 stieg anbieten. Förderung von Demokratieprojekten, Poli-
120 tikunterricht und Aussteigerprogrammen müssen immer
121 Teil bei der Bekämpfung von radikalen und verfassungs-
122 feindlichen Strukturen sein. Dies macht erneut deutlich,
123 dass der Vorschlag der Bundesregierung nicht die Ursa-
124 chen bekämpfen wird, sondern Narrative übernimmt, de-
125 nen wir nicht zustimmen.

126

127 Auch auf Landesebene in Berlin sind die Tendenzen rech-
128 ter Migrationspolitik leider klar zu erkennen. So ließ die
129 CDU/SPD-Regierung nicht nur bereits Menschen nach Af-
130 ghanistan abschieben, die sozialdemokratische Innense-
131 natorin setzt sich sogar dafür ein, dass es noch mehr wer-
132 den. Außerdem möchte sie die Abschiebehaft ausweiten
133 und nach Möglichkeit Familien trennen, um weitere Ab-
134 schiebungen durchzuführen.

135

136 Für uns ist klar: Die Verknüpfung von Terror mit Migrati-
137 on und Geflüchteten ist rassistisch. Die geplanten Maß-
138 nahmen sind keine Lösungen, es sind populistische Hand-
139 lungen, um einer vermeintlichen Bevölkerungsmrinung
140 nachzukommen, die rechts ist. Das Sicherheitspaket, die
141 Handlungen der SPD in Bund und Land sind nicht sozial-
142 demokratisch, sondern teilweise menschenfeindlich. Die
143 SPD wird dadurch keine Stimmen gewinnen, indem sie
144 zur CDU oder schlimmstenfalls zur AfD light wird. Sie ver-
145 spielt dadurch weiter Vertrauen in die Sozialdemokratie.
146 Wir werden diese Politik nicht unwidersprochen lassen
147 und uns weiter für eine internationalistische, gerechte
148 und menschenfreundliche Asylpolitik einsetzen.

149

150 **Daher fordern wir**

- 151 • die Abgeordneten der SPD des Deutschen Bundes-
152 tags auf, mit „Nein“ bei der Abstimmung zum Si-
153 cherheitspaket zu stimmen, solange keine grundle-
154 gende Überarbeitung vorgenommen wurde

- 155 • die SPD auf Landes- und Bundesebene dazu auf, ei-
156 ne sozialdemokratische Asyl- und Sicherheitspolitik
157 durchzusetzen, die auf unseren Beschlusslagen ba-
158 siert
- 159 • Mandats-, Amts- und Funktionsträger*innen der
160 SPD dazu auf, sich rechten Narrativen entgegenzu-
161 stellen anstatt ihnen nachzugeben
162